

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
Nr. 11

Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 1.00 M., im Vierteljahr 2.75 M., im Halbjahr 5.00 M., im Jahr 9.00 M. (Postfrei). Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Pf. wöchentlich, die Restzeile 8 Pf. wöchentlich. Bei längerer Anzeigendauer ermäßigt. Fernsprecher Nr. 11. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 278.

Allensteig, Samstag den 24. November.

Jahrgang 1923

Dringender als je

Heute das Lesen einer Zeitung! — Bestellungen auf die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ können jeden Tag gemacht werden!

Zur Lage.

Die knapper Not sind wir in dieser Woche vor neuen Demütigungen von außen bewahrt worden. Poincaré hatte sowohl in der französischen Kammer als in neuen Sonntagsreden angekündigt, daß die Alliierten oder Frankreich allein gegen Deutschland Sanktionen ergreifen müßten, weil die deutsche Regierung dem früheren Kronprinzen die Erlaubnis zur Heimkehr erteilt und die geforderte Aufnahme der alliierten Militärkontrolle in Deutschland verweigert habe. Die Stellungnahme des französischen Ministerpräsidenten führte zu langwierigen Verhandlungen unter den Alliierten und die Vorkonferenz mußte dreimal vertagt werden, bis sie zu endgültiger Entscheidung kam. Es entstand eine Krise in der Entente infolge der gegenseitigen Beurteilung der zu ergreifenden Maßnahmen. England und Italien standen gegen Frankreichs keine Sanktionspolitik. So mußte Poincaré etwas nachgeben und schließlich kam wie immer in solchen Fällen die Einigung zu Lasten Deutschlands zu stande. Als Ergebnis dieser Verhandlung wurden zwei Noten in ungewöhnlich scharfem Ton nach Berlin geschickt. In der ersten wird der deutschen Regierung die volle Verantwortung für etwaige mit den nach Schlesien heimgekehrten Kronprinzen in Zusammenhang stehenden Unruhen und Schwierigkeiten aufgeladen; aber es wird nicht mehr, wie es die französische Presse ankündigt, die Auslieferung dieses Kriegsverbrechers verlangt. Denn die Reichsregierung hatte in Paris darlegen lassen, daß der Kronprinz auf die kaiserliche und königliche Krone verzichtet habe und daß sie die Heimkehr des früheren Kaisers nach Deutschland verweigern werde. In der zweiten Note aber zur Militärkontrolle wird kurzweg gefordert, daß die Militärkontrolle und die Luftüberwachung in Deutschland unverzüglich wieder aufgenommen werden müssen und der deutsche Einwand, daß diese Kontrolle die inneren Schwierigkeiten des Reiches vergrößern müßten, außer Acht gelassen. Also kam der franz. Oberkontrollleur General Nollet in Berlin wieder schalten nach Gutdünken, obwohl feststeht, daß bisher die Zusammenhänge der kontrollierenden Offiziere und der Bevölkerung meist auf Verschulden ersterer zurückzuführen waren.

Am 23. Nov. wurden in Paris die deutschen Sachverständigen von der Reparationskommission gehört. Ob aus diesem Verhör praktische Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg über das ganze Reparationsproblem zu stande kommen, steht noch dahin. Poincaré hat es nach den Worten des Reichskanzlers fertig gebracht, fortgesetzt die Grundfragen für die gesamte politische und soziale Zertrümmerung Deutschlands zu schaffen. Der Kampf um Rhein und Ruhr steht auf dem Höhepunkt. Die Verhandlungen der Industrieellen mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission, Micum genannt, sind daran gescheitert, daß die deutschen Kohlenlieferungen nicht auf die Reparationslasten gut geschrieben werden sollen. Dennoch spinnen sich gewisse Besprechungen weiter, so in Mainz mit Vertretern der Eisenbahn über Verkehrsfragen. Aber überall trifft man dieselbe Halsstarrigkeit der Franzosen. Die auswärtige Lage ist, wie der Reichskanzler in seiner großen Verteidigungsrede am 22. Nov. sagte, hoffnungslos; der Kanzler sieht keinen Weg, diese trostlose Lage zu bessern. Bei Rhein und Ruhr spielt noch die große Frage der Finanzierung dieser Gebiete herein. Das Reich hat zwar entgegen den zuerst gefaßten Beschlüssen für die Erwerblosen des besetzten Gebiets in dieser Woche 100 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt, aber es ist „am Ende der Kraft“. Die Unterhaltungen werden aufhören, die Verantwortung hierfür fällt auf Frankreich, denn es hat nach dem Völkerrecht die Pflicht für die Ernährung okkupierter Gebiete zu sorgen.

Hoffnungslos erscheint auch unsere finanzielle Lage im Innern. Die Papiermark ist dahin, die Rentenmark als Zwischenwährung kaum in Erwägung getreten. In Berlin hat man zahllose Fehler gemacht mit der Ausgabe und Herstellung dieses neuen Geldes, das

schon nach einigen Monaten durch Goldnoten abgelöst werden soll, weshalb die Gründung einer Goldnotenbank zu erwarten ist. Unterdessen aber härtet sich das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit mit dem fast wertlos gewordenen Papiergeld ab. Eine Goldmark ist eine Billion Papiermark. Wertbeständiges Geld wird wohl da und dort vereinzelt von großen industriellen Werken und Banken ausgegeben, aber das Volk ging bisher leer aus. In Berlin ist man der Hoffnung, daß in einigen Wochen die ganze Geldfrage nach der Wertbeständigkeit einer Lösung entgegengeführt wird und die Papiermark verschwinden kann. Berliner Optimismus! Keinhals demjenigen, der von einer großen amerikanischen Anleihe zu Lebensmittellieferungen für Deutschland wissen wollte. Auch damit ist nichts. Wohl soll der Reichskanzler noch so ein Auslandsangebot von einer Milliarde als Anleihe für Deutschland oder besser gesagt für das Kabinett Stresemann in der Tasche haben, aber Angebote helfen nichts, nur die Tatsachen!

Und nun kommt zur äußeren Not, dem finanziellen Elend noch das Chaos der inneren Politik, der Selbsterleischung des erbitterten parteipolitischen Kampfes. Der Reichstag hat am 22. und 23. Nov. ein Bild vollständiger innerer Krise. Es ging um den Reichskanzler Stresemann und sein Kabinett. Obwohl Stresemann am letzten Sonntag von seiner Partei, der Deutschen Volkspartei, nach einer glänzenden Rechtfertigungsrede ein starkes Vertrauensvotum erhielt, und durch die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, Zentrum und Demokratie, Unterstützung fand, steht hinter ihm keine politische Mehrheit im Reich. Die beiden großen Parteien, Sozialdemokraten und Deutschnationale, sowie die Kommunisten haben Stresemann das Vertrauen entzogen. Der Misstrauensantrag der Sozialdemokraten richtete sich gegen den militärischen Ausnahmezustand in Sachsen und Thüringen und gegen die unentschiedene Haltung des Reiches gegen Bayern. Der Antrag der Deutschnationalen ist allgemeiner Art auf Grund der Mißerfolge der Politik Stresemanns. Damit ist das Schicksal des Kabinetts Stresemann entschieden. Es muß zurücktreten. Sollte es noch gelingen, eine Verständigung irgendwelcher Art zu erreichen, so wird in aller Kürze dennoch der Rücktritt erfolgen. Denn wir sind im Laufe der letzten Wochen soweit vom parlamentarischen System abgekommen wie kaum einmal in der Geschichte. Die vollziehende Gewalt hat im Reich General Seeckt, die Militärs herrschen also. Das zeigt sich in den neuen mit dem heutigen Tag verkündeten Verboten und der Auflösung von drei politischen Parteien, der Kommunistischen Partei, der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei. Es wird in den nächsten Tagen mehr zu diesen Verboten zu sagen sein, denn es ist ein Eingriff von ungeheurer Tragweite.

Die Frage ist jetzt nur: Was wird werden? Niemand kann es zur Stunde sagen. In Frage steht ein neues politisches Kabinett, ein Beamtenministerium oder ein Direktorium.

Noch ein Wort zum Verhältnis von Reich und Ländern. In Bayern erstreckt man die Aenderung der Reichsverfassung mit aller Macht. Die Bayerische Volkspartei hat im Reichstag bereits einen Antrag eingebracht. Die innere Situation in Bayern zeigt noch nicht völlige Klarheit. Rahe ist noch immer Diktator, die vaterländischen Verbände stehen angeblich hinter ihm. In Sachsen wurde der abgesetzte Ministerpräsident Dr. Heigener verhaftet, da er sich als Justizminister seinerzeit Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließ. Verschiedene sächsische Polizeibeamte und Regierungskommissare wurden durch das Wehrkreiskommando von ihren Posten entzogen.

Draußen in der Welt aber spielen sich Ereignisse ab, die für die europäische Politik von großer Bedeutung sind. In Rom ist das spanische Königspaar mit dem Diktator General de Rivera zu Besuch gewesen und hat Mittelmeerpolitik gemacht. In Desterreich hat der neu gewählte Nationalrat das Ministerium Dr. Seipel in seinen Ämtern bestätigt. In England aber ist der Wahlkampf für die Kammer zum Parlament am 8. Dezember in vollem Gang. Die gemäßigten Liberalen bekämpfen hierbei die konservative englische Regierungspolitik Baldwins aufs schärfste, namentlich nach den englischen Mißerfolgen in der Ruhr- und Reparationsfrage.

Sturz der Reichsregierung.

Der Vertrauensantrag abgelehnt.

Berlin, 23. Nov. Bei der Abstimmung im Reichstag über den von den bürgerlichen Koalitionsparteien gestellten Vertrauensantrag für Stresemann wurden 392 Stimmen abgegeben. 133 Abgeordnete stimmten mit Ja, 230 mit Nein, 7 enthielten sich der Stimme. Das Vertrauensvotum ist demnach abgelehnt, das Kabinett Stresemann gestürzt.

Wann Dr. Stresemann stirzt!

Berlin, 23. Nov. Der Reichstag des Reichstags hat in seiner heutigen Sitzung, die er während der Plenarsitzung abhielt, beschlossen, für den Fall, daß das Vertrauensvotum für das Kabinett Stresemann abgelehnt wird, die Sitzungen des Reichstags solange auszusetzen, bis die neue Regierung gebildet ist.

Ueber die weitere Entwicklung der politisch gänzlich verwirrten Verhältnisse bestand am Freitagabend keine Klarheit. Nach der demokratischen Berliner Zeitung denkt der Reichspräsident an die Schaffung eines Beamtenkabinetts unter Führung des Reichsfinanzministers Dr. Albert oder an eine neue Große Koalition unter Führung des württ. Staatspräsidenten Dr. Hieber. Auch Siegelwald wird genannt. Doch sind dies alles nur Vermutungen.

Die Demission des Reichskabinetts.

Berlin, 23. Nov. Nach der Abstimmung im Reichstag hat der Kanzler eine kurze Ministerbesprechung abgehalten und sich zum Reichspräsidenten begeben, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Nov.

Am Freitagabend kamen noch zu Wort:

Abg. v. Graefe (D.-völk.), der das Kabinett Stresemann als erledigt bezeichnete. Das Parlament sei in Auflösung begriffen. Jetzt regierten nur noch die Finanzkreise. Der Reichstag müsse endlich dahin geschickt werden, wo er hingehöre.

Thüringischer Ministerpräsident Heßler bestritt, daß die Verhältnisse in Thüringen den Ausnahmezustand rechtfertigen. Der Redner richtet dann heftige Angriffe gegen die Reichswehr.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) beantragt, den Reichskanzler aufzufordern, die Tatsachen mitzuteilen, mit denen die Abhebung der sächsischen Regierung gerechtfertigt wurde.

Reichswehrminister Dr. Gehler weist die Angriffe auf die Reichswehr zurück. Nichts gebe Herrn von Graefe das Recht, zu sagen, daß die Reichswehr ihren geschworenen Eid brechen werde.

Sächsischer Staatspräsident Heilmann erklärt, daß es für den Reichswehremarsch in Sachsen nie einen Anlaß gegeben habe. (Lachen rechts.) Das Vorgehen gegen die sächsische Regierung gehöre vor den Staatsgerichtshof.

Es entspinnt sich darauf eine bewegte Geschäftsordnungsdebatte, weil Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) erneut beantragt, den Reichskanzler herbeizurufen, damit er seine Gründe für die Abberufung der sächsischen Regierung darlege.

Abg. Brüninghaus (D.-völk.): Der Ausnahmezustand dürfe nicht abgebaut werden, ehe nicht für alle Bevölkerungsteile in Sachsen und Thüringen Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sei.

Abg. Leuthäuser (D.-völk.): Die ganze thüringische Bevölkerung habe die Reichswehr mit Freuden begrüßt.

Abg. Kosske (Soz.) verlangt Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen und Thüringen.

Abg. v. Graefe (D.-völk.) erklärt gegenüber dem Wehrminister, er habe nur gesagt, es sei verbrecherisch und ausichtslos, einen nationalen Aufschwung gegen die Reichswehr ins Werk zu setzen.

Reichswehrminister Dr. Gehler erwidert: „Sie (zu den Völkischen) haben acht junge Leute auf dem Gewissen. Sie haben ein ungeheures Zerschneiden begangen.“

Abg. Henning (D.-völk.): v. Doffow habe nicht nur den Eid, sondern auch sein Ehrenwort gebrochen.

Zum Schluß setzte noch eine Geschäftsordnungsdebatte ein. Präsident Ebbe empfiehlt den Beschwerdeführern im Falle Remmels den Klageweg. Remmels habe sogar durch List und als Hassdenketterer in das Haus zu gelangen versucht. (Große Heiterkeit.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag.

Präsident Eöde eröffnete die Sitzung um 11.30 Uhr. Nach Erledigung einzelner allgemeiner Angelegenheiten wird die große politische Aussprache fortgesetzt.

Es liegen 3 Mißtrauensvoten vor:

1. Der Reichsnationalisten: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“

2. Der Sozialdemokraten: „Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand in Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in schärfster Form angeordnet, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstags.“

3. Der Kommunisten: „Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Reichsminister Dr. Stresemann gibt sofort zu Beginn der Aussprache folgende Erklärung ab:

Der Antrag Müller-Franken und Genossen spricht ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung aus, das im einzelnen motiviert ist. Diese Begründung des Mißtrauensvotums ergebe parlamentarisch-tatsächlich die Möglichkeit, daß die eingegangenen Mißtrauensvoten aus ganz verschiedenen Beweggründen ja abgelehnt würden. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, ihre Geschäfte fortzuführen auf Grund irgendwelcher, durch solche parlamentarische Arithmetik herbeigeführten Entscheidung. Die Reichsregierung fordert eine klare und unabweisende Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlamentes besitzt oder nicht. Ich richte daher an die Fraktionen, die der Regierung nahestehe, die Bitte, durch Einbringung eines Vertrauensvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen. (Beif. Beif. bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (D.Sp.) bringt darauf folgendes Vertrauensvotum ein:

„Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus.“

Das Vertrauensvotum ist unterzeichnet von Dr. Scholz (D.Sp.), Marx (Zentr.) und Erkelenz (Dem.).

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, daß es in keiner Weise in der Absicht der Sozialdemokratie gelegen habe, durch Herbeiführung einer solchen politischen Kritik, weise einen Zustand der Unklarheit herbeizuführen. Es werde noch notwendig sein, zu sagen, warum dieses Mißtrauensvotum eingebracht worden ist.

Darauf wird in der Erörterung fortgefahren.

Abg. Erkelenz (Dem.) erklärt: Seltener habe ein Parlamentarier in so offener und zynischer Weise von der Tribüne Hochverrat geübt, wie gestern der Deutschvölkische Abg. v. Graefe. (Dehnbaste Zustimmung in der Mitte und links.) Das Rheinland ist heute der französische Kriegsschauplatz. Die rheinische Bevölkerung wird auf die härteste Probe gestellt. Die letzte Entscheidung der Reichsregierung in Bezug auf die Einstellung von Leistungen hat dort die stärkste Erregung hervorgerufen. Der Redner bedauert das Ende der Großen Koalition, ohne die die großen Probleme, vor die Deutschland gestellt sei, überhaupt nicht gelöst werden könnten. Er spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß sie zum Heile Deutschlands wiederkehren werde. Die Demokraten stehen hinter der Regierung.

Abg. Koenen (Komm.) protestiert zur Geschäftsordnung gegen das Verbot der kommunistischen Partei.

Präsident Eöde stellt fest, daß gegen die Verbindung des Antrags mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde, dieser Antrag also angenommen sei.

Der Antrag Koenen, den Reichsminister zum Sprechen zu veranlassen, wird nicht genügend unterstützt. (Großer Lärm bei den Kommunisten, die Abgg. Herzfeld und Maljan werden zur Ordnung gerufen, der Abg. Thomas erhält zwei Ordnungsrufe.)

Abg. Leicht (Bayer.) mahnt zur Ruhe und Besonnenheit in dieser schweren Zeit. Man müsse nicht nur die Volkshetze, sondern auch die Volkspolizei beachten. Der Redner bespricht dann die Vorgänge in Bayern. Der Redner erklärt zum Schluß, daß man von Dr. Stresemann nicht mehr erwarten könne, daß den Worten auch die entsprechenden Taten folgen. Die Bayerische Volkspartei könne daher dem Vertrauensvotum nicht zustimmen.

Reichsminister Dr. Götter geht dann ausführlich auf die gestrigen Ausführungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen ein. Die Zusammenfassung aller Kräfte sei notwendiger denn je. Der Minister behandelt dann ausführlich die Beschwerden gegen die Reichswehr aus Sachsen und bezeichnet diese über Mißhandlungsfälle als außerordentlich übertrieben.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bezeichnet den militärischen Ausnahmezustand in einem demokratischen Staat als ein Übel. Die Gewalt Herrschaft des Militärs wachse mit jedem Tage. Das Material der Regierung über Sachsen und Thüringen sei geradezu erbärmlich. Die Arbeiterorganisationen beständen nur in der Phantasie des Wehrministers.

Gegen den Radikalismus.

Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands.

Berlin, 23. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Oberbefehlshaber General v. Seeckt hat verordnet:

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Dritten Internationale.

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgelösten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme, und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlassung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftzeugnissen oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurschauustellen von Fahnen oder sonstiger Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft.

Ferner eine zweite Verordnung:

Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgelösten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme, und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlassung von Räumen, Herstellung oder Beförderung von Schriftzeugnissen oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurschauustellen von Fahnen oder sonstiger Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft.

Dem Verbot der Auflösung der genannten Vereinigungen wird folgende Begründung beigegeben: „Die kommunistische Partei hat durch ihren bewaffneten Aufstand in Hamburg, durch ihre Bestrebungen in den übrigen Bezirken, namentlich in Sachsen und Thüringen, sowie durch die Aufrufe und Kundgebungen der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bewältigung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vorkrieglichen Gewalt zu verleiten und durch politischen Generalkrieg und bewaffneten Aufstand die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches umzustürzen. Die kommunistische Jugend hat sich an diesen Bestrebungen durch die Tat, durch mündliche und schriftliche Kundgebungen mitbeteiligt. Die Dritte Internationale, der die K.P.D. und die R.F. angehören, hat dieses Bestreben begünstigt und für ihre Schriften geworben.“

Der Verordnung über die Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist folgende Begründung beigegeben: „Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zu Ungehorsam zu verleiten und die Regierung des Deutschen Reiches durch bewaffneten Aufstand zu stürzen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertrat dieselben Ziele wie die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Ihr Führer v. Graefe hat an dem Umsturzversuch teilgenommen, ihn öffentlich ausdrücklich gebilligt und dabei die Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam aufgefordert.“

Neues vom Tage.

Die Sanierungspläne der Rentenbank.

Berlin, 23. Nov. Vor Vertretern der Presse sprach der Präsident der Rentenbank über die Organisation und die Grundlage der Bank. Das Mitglied des Verwaltungsrats, Hilger, betonte dann, die Bank sei ihrer Geldgeberin, der deutschen Wirtschaft, Rechenschaft schuldig für die dem Reich gewährten Kredite. Sie verlange deshalb einen in Gold aufgestellten Etat des Reiches und dessen Balancierung, Beamten-Abbau, Erwerbslosen-Fürsorge in produktiver Form, Rentabilität der Eisenbahn, weniger, aber einträglichere Steuern. Bis zum 21. November sind der Reichsbank etwa 340 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt worden, ein Betrag, der, in Goldmark umgerechnet, doppelt so groß sei, wie der augenblicklich umlaufende Papiermarkbetrag. Täglich würden 40 Millionen Mk. Rentenmark fertig. Außerdem soll auf den Kopf der Bevölkerung eine Mark in Rentenpfennigen kommen. Bis Mitte Dezember denke man den ganzen Papiergeldbetrag in Rentenmark decken zu können. Die Postanstalten sollen Rentenmark schon in den nächsten Tagen in den Verkehr bringen. Durch Einziehung der Papiermark werde allerdings unvermeidlich eine starke Zahlungsmittelknappheit eintreten. Hier werde aber das Hartn von Rentenmark in größerem Stil von selbst unterbunden. Die Notenpresse druckt nur noch, soweit die Reichsbank Geld, oder gute Warenwechsel in Händen hat.

Leserbriefe.

Rot ist die Woge, die des Fremdes Wert erklärt, Rot ist der Pfaffen auch von deinem eignen Wert.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Edenstein.

(32) (Nachdruck verboten.)

Jetzt aber, wie er sich so nutzlos und verzagt von Straße zu Straße weiterfragt, kommt sie ihm plötzlich großmächtig schwer vor.

Da ist noch der Schwager Ferdinand und die alten Wöhrlschen... an die hat er bislang kaum gedacht. Groß extra gut sind sie auch nicht auseinander das letztemal, als der alte Wöhrl in Lorenzen war und ihm den Antrag stellte wegen einer Holzmeisterstelle.

Der Alte spekuliert nämlich neuesten in Holz. Er reißt herum und kauft Wälder zusammen — den Verbaurschen, Luchenschlag hätte er auch fürs Leben gern — die er dann für teures Geld in der Stadt absetzt.

Dabei könnte er einen, der vom Holz was versteht, gut gebrauchen. Am besten einen, der mit Bauern umzugehen versteht, ihnen die Schlagwälder abschwaht und ehelich ist. Ehelich gegen den Brotherrn natürlich...

Hans wäre zu dummi zum Betrügen. Aber Hans ist gleich groß geworden, obwohl der kleine, dicke Spekulant wie nährlich mit den Sitzenhaken zude und rasselnd mit der goldenen Uhrkette spielte.

Wenn der jetzt gar gerade bei der Martina wäre?...

Hans entschließt sich plötzlich, zuerst Diesel aufzusuchen. Der weiß — vielleicht läßt auch der Daniel Welzer mit sich reden.

Mit vieler Mühe fraat sich Hans endlich zurecht. Er

saunt über das große, schöne Weichst und die Ausklocheret nebenan, die völlig vornehm eingerichtet ist.

Diesel, die eben den Mittagorummel hinter sich hat und in einem finsternen Winkel hastig ein paar kalt gedundene Bissen hinunterhlingt, erschrickt, als Hans plötzlich vor ihr steht.

Sie wirft einen scheuen, raschen Blick nach dem Herd, neben dem eine große dicke Frau mit gelblichem Gesicht steht, die herrlich Befehle erteilt, und ruft mehr bestürzt als erfreut: „Jesses, du, Hans? Ja was willst denn herin in der Stadt!“

Auch Hans ist erschrocken. Weniger über den Empfang als über das blasse, elende Aussehen der Schwester. Kaum zu glauben, was zwei Monate aus dem häßlichen, lehrfrischen Mädchen gemacht haben!

Wager, abgeseht und vergrämt sieht sie aus, dabei die Augen so groß, wie hungrig dreinschauend.

Sie haben kaum zwei Worte gewechselt, als die große Frau am Herd Diesel barisch anruft und ihr eine Anzahl von Aufträgen erteilt. Es ist Frau Welzer. Als sie hört, daß Diesel Bruder da ist, nickt sie gleichgiltig und sagt: „Fahr ihn halt derweil in dein Stübel hinauf. Bis du mit der Arbeit fertig bist, kammst einen Sprung zu ihm gehen, aber daß du mir um fünf wieder herunten bist zum Gulasch zusehen!“

Das „Stübel“ erweist sich als eine finstere, feuchte, Bodenstube, kaum groß genug für zwei Personen, und vier Treppen hoch. Eine geschlagene Stunde sitzt Hans da in dumpfer Bekommenheit, da erscheint Diesel.

Anfangs reden sie beide verlegen über gleichgiltige Dinge. Auf seine Frage, wie es ihm gehe, zuckt Diesel die Achseln: „Du mein! Die's einem halt gehen kann da in der Stadt herin. Arbeit hab ich schon viel, aber das tät' mich nicht ansprechen. Halt die Lust geht mir ab und die Berge und...“

Sie schweigt. Hans wundert sich, daß Martina Einverständnis mit dem, wie ihre Verwandten es mit der Diesel machten hier. Da lacht Diesel bitter auf: „O ja, die Ma-

tina, die darf sich selber, mit rühren! Allweil werfen sie ihr's vor, daß sie nur eine gemeine Bauerntochter ist und nicht einmal reich. Die hat sich schon auch nicht auf Rosen gebettet... wirft schon sehen!“

„Und der Daniel Welzer? Nimmt er sich nit an um dich? Er hat dich doch gern... wie ist's denn mit dem Heiraten?“

Auf das hin zuckt Diesel plötzlich laut zu weinen an. „Der — der Daniel — das ist schon der Richtige! Zuerst freilich... aber wie er gesehen hat, daß ich brav bleiben will, da ist er plötzlich umgeschlagen. Nichts kann ich ihm recht machen, fort heßt er die Mutter gegen mich auf! Jetzt sagen sie, er wird die reiche Weggerstöchter heiraten in der Nachbarschaft.“

Ihr leidenschaftliches Schluchzen dreht Hans das Herz im Leibe um.

„Ruht nit weinen, Diesel. Geh schau zu... weißt was? Komm wieder zu uns hinaus... besser wie da hast es allweil!“

Aber sie schüttelt trostlos den Kopf. „Selb könnt ich nit ertragen, die Schande vor den Leuten! Mit Fingern täten sie weisen auf mich und... nein, anschauen laß ich mich nit! Such mir lieber ein' andern Dienst.“

Er seuzt tief auf. „Manch eine kommt in die Schand und kann nichts dafür und ist braver als alle andern. Um die Zeit muh man sich halt nit kümmern.“

„Nein — nein — ich könnt's nit ertragen. Und jetzt muh ich auch wieder hinunter, sonst wird die Frau böse. Sei nit hart, daß ich dir nit einmal was vorsehe, aber ich hab halt gar nichts...“ beschämt senkt sie den Kopf.

Dann fällt ihr plötzlich noch etwas ein. „Jetzt, jetzt habe ich dich gar nicht gefragt, was du eigentlich tust in der Stadt? Bloß mich heimsuchen wirst wohl nit gekommen sein?“

Hans sieht bedrückt an ihr vorbei. „It nichts besonderes. Nicht auch die Martina noch heimsuchen...“ antwortet er ausweichend.

Forsyung folgt.



Stahl- und Eisenbahnlinien in französischen Händen.
 Nach dem Ruhrgebiet, 23. Nov. Die Franzosen haben zu dem letzten großen Schlag im Ruhrgebiet ausgeholfen. In den letzten 48 Stunden wurden die letzten noch in deutscher Verwaltung und in deutschem Betrieb befindlichen Eisenbahnlinien im Direktionsbezirk Essen von den Franzosen in Beschlag genommen. Die Beschlagnahme erstreckt sich in der Hauptsache auf die Linie von Gelsenkirchen über Dorsten in das unbesetzte Gebiet, der einzigen Linie, auf der bisher die gesamte Ein- und Ausfuhr an Menschen und Material für das Ruhrgebiet während der ganzen Ruhrbesetzung ausgeführt wurde. Gleichzeitig wurde von den Franzosen ein strenges Verbot an sämtliche deutsche Beamte erlassen, keinerlei Kohle, weder für das neutrale Ausland, noch an sonst eine Stelle, über diese Linien gelangen zu lassen. Den Reden wurde noch im Laufe des gestrigen Morgens mitgeteilt, daß es streng untersagt sei, Kohlen zu fördern, die für das neutrale Ausland bestimmt seien. Der Vertreter der holländischen Regierung erhob bei der französischen Zentralfstelle in Düsseldorf namens seiner Regierung höchsten Einspruch. Einen gleichen Schritt unternahm der Vertreter der italienischen Wirtschaftspolizei.

nachgelassen, wenn der Verbrauch in einem Monat nicht mehr als 4 cbm. Gas und 1 K.W. Strom beträgt. Den Erwerbslosen und sonstigen Bedürftigen wird die Schuldbefreiung bei möglichem Verbrauch jenseitig gestundet. Für die techn. Werke wird eine Rechenmaschine mit elektr. Betrieb im Preis von etwa 3000 Goldmark angekauft. Von dem vorhandenen Weizenvorrat werden 50 Ztr. gemahlen und das Mehl an bedürftige Leute abgegeben; die Kleinkinder- und Sonntagsschule erhalten 20 Pfund Mehl zu Weihnachtsgeschenken. Für Sargholz werden 20 Festm. Holz bewilligt. Im letzten Jahre wurden nur für 2 verstarbene Personen kaiserliches Sargholz angefordert.

Stuttgart, 23. Nov. (Minister Holz über die Schwenninger Vorgänge) Eine Abordnung des Gemeinderats Schwenningen mit Oberbürgermeister Dr. Braunagel an der Spitze hat in einer Unterredung mit Minister Holz die Beschwerden der Bürgerchaft über das Einschreiten der Polizeiwache in Schwenningen, insbesondere auch wegen des Vorgehens der Polizeiwache mit Knütteln gegen Frauen und Kinder zum Ausdruck gebracht. Minister Holz erwiderte in entschiedenem Tone, der keinen Zweifel über die unbefugte Haltung der Wächterin aufkommen ließ, daß es im Staatsinteresse dringend notwendig gewesen sei, die Kriminalpolizei und zu ihrem Schutz die Polizeiwache einzusetzen. Wenn Übergriffe vorgekommen seien, so sei dies zu bedauern, aber in Zeiten, wie die jetzigen, nicht zu vermeiden. Die Regierung könne sich durch einen Streik der Arbeiter nicht zwingen lassen, die Polizeiwache zurückzuziehen; es sei vielmehr unbedingt notwendig, die Staatsautorität aufrecht zu erhalten. Das Ergebnis der Beipredung war, daß der Minister wiederholt erklärte, er werde sich in seiner Haltung nicht beeinflussen lassen und müsse unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Staatsautorität erhalten bleibe.

Freie Kohlenwirtschaft. Nach einem Beschluß des Gemeinderats wird das Städt. Kohlenamt vom kommenden Montag ab aufgehoben. Bezugsscheine für Kohlen jeder Art sind künftig nicht mehr nötig.

Zur Auflösung der kommunistischen und nationalsozialistischen Organisationen. In Ausführung der Verordnung des militärischen Oberbefehlshabers und des Ministeriums des Innern erfolgte Freitag vormittag die Durchsuchung der Geschäftsräume der kommunistischen Partei, der kommunistischen Jugend und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Ebenso wurde beim Vorstand der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und bei einer Reihe von Personen, die den wichtigsten Organisationen angehörten, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Entsprechend der Verordnung wurden die den aufgeführten Organisationen gehörigen Gegenstände beschlagnahmt und die Geschäftsräume geschlossen.

Cannstatt, 23. Nov. (Ueberfahren) Auf der Kreuzung der Eisenbahn- und Adnigsstraße wurde eine 52 Jahre alte Frau von einem Personentransportwagen überfahren. Sie trug schwere Verletzungen davon, an deren Folgen sie starb.

Schickt Milch in die Städte!

Die Landw. Organisationen und die Landwirtschaftskammer richten in einem Aufruf die dringende Bitte an ihre Berufsangehörigen, mit allen Mitteln auf die Beseitigung der Milchnot hinzuwirken. In den Städten erhalten nur noch Kinder unter 2 Jahren Milch. Es ergeben sich daraus große Gefahren für die Gesundheit unseres Volkes. Nachdem nunmehr von Seiten der Verbraucher wenigstens der Grundbesitz anerkannt wurde, daß eine rechtzeitige Bezahlung der Milch in wertbeständigem Geld schon in aller nächster Zeit stattzufinden hat, ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Milchwirtschaft für den Erzeuger keine Verluste mehr bringt. Unter diesen Umständen glauben die Organisationen, noch einmal die Landwirte zur Steigerung der Milchproduktion auffordern zu sollen. Es gelte jetzt einfach hungernden Kindern, armen Kranken und mitleidig gebrechlichen Greisen, die an den Regierungsmaßnahmen unschuldig seien, zu helfen.

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Devisenkurse vom Freitag, 23. Nov.: (Die Notierungen verstehen sich in Milliarden Mk.)
 1. Dollar: Berlin 4,189,500 G., 4,210,500 Br.
 1 Goldmark nach dem Berliner Zollmittelfuß 1 Billion (1 Billion) Papiermark.
 1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 1,0025 Billionen (1,0025 Billionen) Papiermark.
 Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
 Brüssel 195,51 G., 196,49 Br.
 Christiania 618,45 G., 621,55 Br.
 Kopenhagen 728,175 G., 731,825 Br.
 Stockholm 1105,33 G., 1110,77 Br.
 Italien 193,54 G., 194,46 Br.
 London 18,354 G., 18,440 Br.
 Paris 227,43 G., 228,57 Br.
 Schweiz 730,17 G., 733,83 Br.
 Deutsch-Oesterreich 0,05882 G., 0,059148 Br.
 Goldanleihe 4,2 Billionen ohne Umslag.
 Dollarischatz keine Notierung.

Wirtschaftszahlen vom Freitag:

Wertbeständiges Geld	2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05	= 1050 "
0,42	= 420 "
0,21	= 210 "

Umrechnungsf. f. Steuern u. Zölle (21 u. 22.) 1 Biff. Goldanleihepreis 1 Rilo = 640 Dollar.
 Silberankaufpreis (vom 19. Nov. ab) 230 Ma.-sch.
 Lebenshaltungskosten (17. Nov.) 831 Ma.-sch.
 Lebensmittel (Großhandel, 20. Nov.) 1333 Ma.-sch.

Verrechnung der überlebenden Schuld auf 26,274 Trillionen. Der Stand der überlebenden Schuld an bilanzierten Schatzanweisungen am 31. Oktober 1923 betrug 6907 102 823 000 000, der am 10. November 63 184 421 062 067 000 000 Mk. Der Zuwachs beläuft sich also auf 56 276 910 859 414 000 000 Mark. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt wiederum auf Rhein und Ruhr und auf die Fürsorge für die Erwerbslosen, deren Zahl von Tag zu Tag zunimmt.

Altkauer Butter- und Käsebörsen, 22. Nov. Für Butter wurde bezahlt 1,50 G.M., für konsumreifen Weichkäse 54-59 G.M., für konsumreifen Rundkäse 1 bis 1,50 G.M. Die Nachfrage nach Butter war stark, das Angebot gering. Der Absatz in Weichkäse und Rundkäse war wegen mangelnder Kaufkraft geschwächt.

Amst. Berliner Preisenotierungen vom 23. Nov.: Weizen, märk. 194-195, ruhig, etwas matt; Roggen, märk. 192-194, pommer. 180-182, ruhig; Sommergerste, märk. 176-180, ruhig; Haber, märk. 160-162, ruhig, in Goldanleihe oder Rentenmark; Weizenmehl 33-35, ruhig; Roggenmehl 30-32, ruhig; Weizenkleie 3,40, still; Roggenkleie 3,20-3,40, still; Raps 320-335, ruhig; Viktoriergerste 49-52, H. Speiseerbsen 33-36; Melisfäden 17-19; Secadella 1920 20 bis 23; Kapelnoden 13,5-14; Trockenfischöl 8; Torfmelasse 7,5-8; Kartoffelflocken 10,5-17, in Goldmark oder Rentenmark.

Stuttgarter Börse, 23. Nov. Die verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse und die neuerlich eingetretene Verleumdung des Geldmarktes waren für die Berusspekulation Veranlassung zur Zurückhaltung. Die Folge war eine Uneinheitlichkeit der Kursbildung. Gute Sachwerte konnten ihre Kurse halten und sogar verbessern. Die mittleren und kleineren Werte bühten meist gegenüber den Mittwochskursen ein. Die Grundstimmung der Börse blieb aber fest. Angebots waren heute (in Billionen Prozent): Bad. Anilin (-13), Daimler (-4,95), Jungheun (-2), Adm.-Kont.-weil (-7), Redarfalmer (-1,5), Hadermühle (-2), Stutta. Zucker (-2,9). Höher notierten unter anderem Deutsche Verlag (+2), Stuttgarter Straßenbahnen (+1,9), Ritzfabrik (+10), Weag (+3). Der Freiverkehr gestaltete sich ebenfalls sehr uneinheitlich. Eine günstige Aufnahme fanden die durch die Darmstädter Nationalbank heute eingeführten Aktien Schmidt und Co.-Aktien, welche bis zu 10 Billionen Prozent aus dem Markt genommen wurden.

Leitung, 23. Nov. Von den Hopfenproduzenten werden jetzt Goldmark oder Rentenmark gefordert, obwohl dieselben auch in der hiesigen Gegend noch sehr rar sind. Verkauft und bezahlt wird der Zentner zuletzt je nach Qualität mit 250-270 Billionen Mark.

Wülkingen, 23. Nov. Der Viehmarkt war befreit mit 8 Ochsen, 21 Kühen und Kalbinnen, 16 Stück Jungvieh, 5 Fiegen und 40 Schweinen. Bei flauem Handel wurden bezahlt für Kühe und Kalbinnen 600-800, Jungvieh 250-400, Schweine 15-22, alles in Goldmark. Ochsen blieben unverkauft.

Letzte Nachrichten.

Entgegennahme der Demission des Reichskabinetts.

WTB. Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts entgegengenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist Reichspräsident E. o. e. d. gestern Abend zum Reichspräsidenten gelaufen worden.

Besprechung über die Kabinettsbildung.

WTB. Berlin, 24. Nov. Im Laufe des gestrigen Abends empfing der Reichspräsident den Reichspräsidenten und die Führer der Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Demokraten und der bayerischen Volkspartei zu einer Besprechung über die Kabinettsbildung. Die Besprechung zog sich bis nach Mitternacht hin.

Die verschiedenen Möglichkeiten der Kabinettsbildung.

WTB. Berlin, 24. Nov. Ueber die Neubildung der Reichsregierung werden von den Vätern verschiedener Möglichkeiten angegeben. Es wird für wahrscheinlich erklärt, daß der Reichspräsident zunächst den parlamentarischen Weg beschreiten und die Oppositionsparteien und zwar zuerst eine Versöhnlichkeit aus dem Lager der Deutschnationalen mit der Neubildung der Regierung beauftragen wird. Es wird aber auch für möglich gehalten, daß der Reichspräsident, ohne den Versuch einer parlamentarischen Lösung zu machen, die Bildung eines Beamtenkabinetts in die Wege leiten wird, als dessen vorläufiger Chef der frühere Wiederaufbauminister Albert genannt wird.

Von der Reichswehr befehligt.

WTB. Dresden, 23. Nov. Im Anschluß an die Verordnungen des Generals von Seeck über die Auflösung der kommunistischen, nationalsozialistischen und deutschvölkischen Organisationen wurden Einrichtungen, Verlag und Druckerei der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Leipzig und des „Kämpfers“ in Chemnitz bereits gestern Abend durch Reichswehr befehligt.

Hausdurchsuchungen bei den Deutschnationalen.

WTB. Berlin, 23. Nov. Auf Grund der Parteiverordnungen des Generals von Seeck haben laut „Vorwärts“ in der Zentrale der Deutschnationalen Freiwirtschaftspartei in Berlin Hausdurchsuchungen stattgefunden.

Die neuen Steuervorlagen.

WTB. Berlin, 24. Nov. Die neuen Steuervorlagen, die Reichsfinanzminister Dr. Luther im Reichstag angehängt hat, werden, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, in kürzester Zeit, zum Teil wahrscheinlich schon heute, dem Reichspräsidenten vorgelegt. Es sei zur Schaffung größerer Einnahmen für die nächsten Monate beabsichtigt, im Dezember eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das vierte Quartal des Stahjahres, also für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, unter Anwendung der Goldmarkrechnung zu erheben. Außer einer Reform der Einkommensteuer ist vom Januar

Aus Stadt und Land.

Allensteig, 24. November 1923.

Zum Sonntag.

Der Tod ist 'n eigener Mann. Er streift den Dingen dieser Welt ihre Regenbogenhaut ab und schließt das Auge zu Träumen und das Herz zur Nüchternheit auf. Es ist ein großer Gewinn, alles, was man tut, wie unter seinen Augen zu tun. Claudius.

So oft wir der Toten gedenken, drängt sich der Gedanke auf: sie haben's gut, sie erleben diese böse Zeit nicht mehr. Wir möchten einem jeden gönnen! Aber wir dürfen auch nicht übersmäßig werden. Das Sterben macht einen Menschen nicht felig; es ist nur die Wage, die anzeigt, ob etwas Wertbeständiges in ihm war. Darum segnen wir die Toten, deren Namen sich mit dem Griffel ewiger Liebe unergänglich in unser Herz geschrieben haben; darum sagt die Bibel: Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben. Wer das Gedächtnis solcher Toten pflegt und in ihren Spuren geht, der wird inne: wahrhaft leben, heißt für andere leben, heißt die Quelle des Lebens finden in Gott. Und dann benedict man die Toten nicht um ihre Ruhe, sondern mählt sich, deren wert zu werden, die den guten Kampf gekämpft haben. Und winkt dieselbe unvergänglich Krone wie ihnen, und sie leuchtet um so heller, je dunkler unsere Zeit ist. E. S.

* Bestätigt wurde die Wahl des Bauern Friedrich Theurer jun. in Brönerberg zum Ortsvorsitz der Gemeinde Brönerberg.

* Lesensontag. Am morgigen Sonntag wird der Liebeskranz und die Harmonie, nicht wie im vorigen Jahr am Kriegerehrenmal, sondern in der Kirche im Gedächtnis der Toten gehalten.

* An unsere Leser richten wir die höfliche Bitte, das Auslagerpersonal die durch die fortschreitende Entwertung der Mark steigenden Bezugspreise nicht entgelten zu lassen und beim Einzug der Zeitungsgelder die ohnehin schwierige Arbeit nicht zu erschweren, insbesondere es auch zu unterlassen, kleine Geldscheine oder aus anderen Behalten aufzunutzen, für die wir absolut keine Verwendung haben und sie deshalb auch nicht in Zahlung nehmen können.

* Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 25. November bis 1. Dezember ds. J. 700 000. Mit dieser Zahl sind die Grundzahlen d. h. die Ermäßigungsbeiträge der zweiten Septemberrhälfte zu verwechseln bei Einbeziehung der Steuerbeiträge von einem Arbeitslohn, der in der Kalenderwoche vom 25. Nov. bis 1. Dez. fällig und ausbezahlt wird. Nach Abschug der Ermäßigungsbeiträge wird der eingubehaltene Steuerbetrag in allen Fällen auf volle Milliarden Mark nach unten abgerundet.

* Freudenstadt, 23. Nov. (Erschütternder Unglücksfall.) Gestern nachmittag vergnügten sich die vierjährigen Zwillingkinderchen des Georg Grieshaber, Vol.-Führers, im Christophthal auf der Wiese unterhalb ihrer Wohnung (in der Nähe des Gasthauses zum Schiff) mit Schlittensahren. In einem unbewachten Augenblick fuhr der Schlitten die kleine Böschung hinab in den reichenden Forbach, der die beiden Kinder mit forttrieb. Etwas eine halbe Stunde nachher wurden die Kinder einige hundert Meter unterhalb der Unfallstelle tot aus dem Forbach herausgezogen. Die Eltern trauern um ihre einzigen Kinder.

* Calw, 23. Nov. Bei dem gestrigen Stammholzverkauf waren 205 Festmeter mit einem Anschlag von 5236 Goldmark ausbezahlt. Erloß wurden 8448 Goldmark. Die Angebots betragen 136-186 Proz., der Durchschnitt 161 Proz. der Fortkäre. Die Wegsteuer wird erhoben; die Amts-Verperschaft hat auf einen Zuschlag verzichtet, weshalb die Stadt diesen Zuschlag mit 100 Prozent erhebt. Die Einwohnersteuer wird wegen des geringen Ertrags nicht mehr erhoben. Die Milchversorgung ist auf täglich 470 Liter für die ganze Stadt zurückgegangen; es erhalten nur noch Kinder Milch. Da die Stadtspitze mit dem Milchgeschäft zu sehr in Anspruch genommen ist, wird die ganze Sache einem Privatmann übertragen. Sächsischer Kontrolle, sowie Milchmehlfabrik wie auch das Verhältniss mit den Bierergemeinden bleibt wie seither bestehen. Man hofft, daß der Erlas des Wehrkreis-Kommandos eine größere Milchlieferung zuhause bringen wird. Die Gas- und Strompreise sollen im Dezember beibehalten werden, ebenso auch der Vorverkauf. Die Preise für Gas betragen 12 und für Strom 30 Pfennig. Den Sozial- und Kleinentern wird der Preis ganz



ab eine Umstellung der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer geplant. Ferner wird die Umsatzsteuer auf 2 1/2% erhöht werden. Als Hauptpunkt des künftigen Haushalts des Reiches ist eine Wohnungssteuer vorgesehen und zwar wird von den Goldmieten, die vom 30. September nächsten Jahres ab wieder erhoben werden können, das Reich 60 Proz. erhalten, während dem Hausbesitzer 40 Proz. belassen werden.

Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

WTB. Paris, 24. Nov. Ueber die gestrige Vormittags-Sitzung der Reparationskommission ist folgendes Komunique ausgedrückt worden: Die Reparationskommission ist heute Vormittag um 10 Uhr 15 Min. unter dem Vorsitz Barthou's zusammengetreten, um gemäß der Entscheidung vom 13. Nov. die deutschen Vertreter anzuhören. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission durch ihre Notizen vom 24. Okt. und 2. Nov. mit verschiedenen Fragen befaßt habe. Er forderte die deutschen Vertreter auf, die gewünschten Ausführungen zu den in den Notizen aufgeworfenen Fragen zu machen. Im Namen der deutschen Delegation gab Staatssekretär Fischer zunächst einen Überblick über die Volkswirtschaft Deutschlands auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet und ihre Ursachen und Rückwirkungen auf deutsche Leistungsfähigkeit. Er hat den Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, erneut hervorgehoben. Er wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung des Einheits der deutschen Wirtschaft die Finanzen in Ordnung bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder erwidern kann. Darauf gab der deutsche Delegierte eine eingehende Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und der Währung Deutschlands, wie z. B. die Umstellung der Staatsentnahmen auf Gold, die äußerste Einschränkung der Ausgaben unter Zurückdrängung wohlwörterer Rechte und Fürsorgemaßnahmen, sowie die Einstellung der Notenpresse. Er hat darauf auseinandergesetzt, daß die Notwendigkeit, diese Reformen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Eingreifen in die Schlichtungsverträge gezwungen habe. Der deutsche Delegierte gab schließlich kurz Kenntnis von dem Inhalt eines von ihm gleichzeitig überreichten Denkschrift zu der belgischen Studie. Er erklärte, daß diese Studie unter den angegebenen allgemeinen Voraussetzungen eine geeignete Grundlage für Verhandlungen zur Lösung des Reparationsproblems bilden könne. Schließlich wies er in eindringlichen Worten auf den ungeheuren Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortungsgewissen der Reparationskommission.

Vom besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 24. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Böhmen meldet, hat General Degoutte ein Mandat erlassen, in welchem diejenigen Städte und Gemeinden, die

aufgefordert wurden, Kasernen zu bauen, veranlaßt werden, der Befehlungsbehörde Pläne und Voranschläge nach den gegebenen Anweisungen zur Genehmigung vorzulegen. Nach Erteilung der Genehmigung solle unverzüglich mit dem Bau begonnen werden.

Die Sonderbändler unter dem Schutze der Franzosen in Ludwigshafen eingekerkert.

WTB. Ludwigshafen, 23. Nov. Heute in den frühen Morgenstunden sind separatistische bewaffnete Banden, die von Speyer kamen, auf mehreren Lastkraftwagen über Mandelsheim überlaufend in Ludwigshafen eingedrungen. Am Bahnhof sowie an mehreren anderen Stellen wurden die Schuplenste entworfen, jedoch in Freiheit gelassen, mit Ausnahme von dreien, die verschleppt wurden. Das Stadthaus Ludwigshafen-Nord wurde von den Sonderbändlern besetzt. Die Polizei wurde um 10 Uhr in der Hauptwache zusammenberufen und dort von den Franzosen entworfen, während Polizeirat Probst und Polizeihauptmann Buchmann zu einer Besprechung mit den Franzosen geladen waren, jedoch die Polizei ihres Führers beraubt war. In den Straßen von Ludwigshafen geht es sehr lebhaft zu. Die Franzosen haben die Brückentore geschlossen, so daß der Verkehr nach Mannheim unterbunden ist. Die in der Hand der Sonderbändler befindlichen Straßen wurden von der Befehlungsbehörde abgeperst.

WTB. Ludwigshafen, 23. Nov. Die Sonderbändler haben gegen Mittag das Bezirksamt und das Bürgermeieramt besetzt, ebenso anscheinend die Hauptpost, da das Telefonamt den Betrieb eingestellt hat.

WTB. Berlin, 24. Nov. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Ludwigshafen sind die Mitglieder der rechtmäßigen pfälzischen Regierung, welche nach der Besetzung von Speyer nach Ludwigshafen überführt waren, von den Separatisten verhaftet worden. Auf der Rheinbrücke durchsucht auf der Mannheimer Seite neben dem französischen Wachposten ein bewaffneter Separatist die Passanten nach Waffen. Die Gesamtzahl der in Ludwigshafen eingedrungenen Separatisten beträgt etwa 1000 Mann, zum Teil ganz junge Burschen von 16 Jahren.

Ein Abkommen vereinbart.

WTB. Köln, 23. Nov. Wie die „Kölnische Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, haben die am Donnerstag wieder aufgenommenen Verhandlungen der deutschen Industriellen mit der Rhein- und Ruhrkommission zum Abschluß eines Abkommens geführt.

Veränderungen in Berlin.

WTB. Berlin, 23. Nov. An verschiedenen Stellen der Stadt ist es heute Vormittag wieder zu Veränderungen gekommen. Im ganzen wurden drei Schlächtereien und ebenso viele Bäckereien heimgesucht. Vor einer Schlächtereier zerstreute die Polizei eine größere Menschenansammlung, ehe es zu

Veränderungen kam. Ein Trupp von 10 Männern und 2 Frauen, der geschlossen von Baden zu Baden zog, um Lebensmittel zu erbeuteln, wurde festgenommen.

Policare der alte Dreyer.

WTB. Paris, 24. Nov. In der gestern fortgesetzten Besprechung der Interpellationen in der Kammer über die auswärtige Politik gab Poincaré einen Rückblick über die Frage der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen, ohne Names vorzubringen. Sodann verbreitete er sich über die Frage der Sicherheitsbürgschaften und sagte u. a.: Die besten Garantien für unsere Sicherheit und das ist auch die Kraft unserer Marschälle Foch und Petain können wir dadurch erlangen, daß wir unsere jetzigen Positionen in den besetzten Gebieten konsolidieren. Frankreich wird das Recht haben nach der Reparationszahlung Deutschlands räumen. Aber so lange die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung nicht Beweise eines besseren Willens abgeben, sind wir gezwungen, auf der Hut zu bleiben. Deshalb haben wir hinsichtlich des linken Rheinufers und der Brückenköpfe wiederholt, was alle unsere Regierungen seit 1920 wiederholt haben: Die Besetzungsrufen laufen nicht. Wir werden nicht leichtfertig die Sicherheiten abgeben, die wir in Händen haben. Wir müssen die ersten Schritte in Deutschland eingehend überwachen, trotzdem ich nicht glaube, daß sie für uns unruhigend sind. Poincaré ging alldann auf die Weimarer Verfassung ein und versuchte zu beweisen, daß die Weimarer Verfassung durch den Friedensvertrag gehalten seien, die deutsche Regierung gegen die Errichtung unabhängiger Staaten zu sichern, die sich aus dem Bruch des Reiches ergeben könnten.

Die britische Regierung hat aus der Parteilichkeit gegenüber den Separatisten angeklagt. Aber wie haben den Beweis, daß die deutsche Regierung Befehl erteilt hat, auf die Separatisten zu schließen. Wir können doch nicht unter unseren Augen „freie feste“ Menschen idem lassen. Wir wollen die Entente mit allen Kräften aufrecht erhalten, sind aber fest entschlossen, von den Reparationen und der Sicherheit nichts zu opfern. Das Jammern und die Unversöhnlichkeit Deutschlands werden uns nicht rühren. Der Reichstagler machte die franz. Regierung für das Mißgeschick verantwortlich. Er wäre besser inspiriert gewesen, wenn es die Handlungen seiner Regierung und seiner Vorgänger verurteilt hätte. Vielleicht ist es noch Zeit zur Rückkehr. Wir warten nur auf die Ausführung des Friedensvertrages, um mit Deutschland gutnachbarliche Beziehungen aufzunehmen.

Ein Vertrauensvotum der franz. Regierung.

WTB. Paris, 24. Nov. Die Kammer hat am Schluß der gestrigen Interpellationsdebatte mit 500 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die das Verhalten der Regierung in der Vorkonferenz billigt und ihr das Vertrauen ausdrückt.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung: 1923 Nr. 11 S. 111-112

Bekanntmachung

betr. die vom 15. November ab gültigen Ermäßigungsbeiträge beim Steuer-Abzug vom Arbeitslohn.

Ab 15. November gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn die 700 000 fachen (siebenhunderttausend) Beträge der vom 15. bis 30. September gültigen, am 18. September bekannt gegebenen Ermäßigungsätze. Altensteig, den 23. November 1923. Finanzamt: Huberich.

Jeder sein eigener Friseur!

durch Anschaffung eines guten Rasiermessers oder Rasierapparates, sowie sämtl. Zubeh. Erspart viel Zeit und Ärger. FRIEDRICH ROLLER, Messerschmied Altensteig, Poststraße (Neubau).

Einige Partien Rundholz

zu kaufen gesucht. Zahlung in wertbeständigem Gelde. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Das Organisationssteuerbuch

ist für jeden Steuerpflichtigen eine vorzügliche Grundlage.

Für Landwirte und Gewerbetreibende besondere Ausgaben!

Eingesehen und zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlg., Altensteig.

Altensteig-Stadt. Das normale Bäder Brenner'sche Wobudaus kommt am Montag, den 26. ds. Mts., nachm. 4 Uhr im Rathaus auf den Abbruch zum Verkauf. Stadtschultheißenamt.

Persil bleibt persil

Das Waschen mit Persil ist eine wahre Freude — so sprechen Millionen Hausfrauen!

Einladung

Diesigen Landwirte und Landfrauen, die sich dafür interessieren, können am kommenden Markttag meine Flachsbreismaschine im Betrieb besichtigen. Hans Schmidt.

Länserschwein

abzugeben. Tausche gegen gute Milchziege. Wer? sagt d. Geschäftsst. d. B.

Bisfitarten recht schnell und sauber bei W. Rieker'sche Buchdr.

Altensteig. **Taschenmesser** (Handarbeit) jede Ausführung Fr Roller, Messerschmied.

Briefordner

und **Schnellhefter** sowie

Durchschlagpapier Schreibmaschinen „ Kohlenpapier

hat stets auf Lager die

W. Rieker'sche Buchhdlg. Altensteig.

Kirchliche Nachrichten.

26. Sonntag u. Dr. 25. Nov. Totensonntag, vorm. 10 Uhr Predigt über Matth. 25, 14—30; Von der Treue. Lied: 353. Außerordentliches Opfer für die Kirchenpflege. Nachher Abendgottesdienst in Gruppen. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Donnerstag Abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutherhaus mit Vorbereitung fürs hl. Abendmahl.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 25. November, vorm. 1/10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 2 Uhr Jugendbund in Walldorf, abends 1/8 Uhr Predigt. Dienstag abds. 8 Uhr Jünger. Verein. Mittwoch abends 8 Uhr Bibel- u. Gebetsversammlung.

Lorenz Luz jr. Altensteig
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.
Doppelglinten - Büchsenflinten, Drillinge, Pirsch- und Scheibenschüssen, Revolver u. Mehrschußpatronen, Geschütze, Luftgewehre u. Zimmerstutzen, Allelei Munition.
Rückläufige Jagdflinten, Jagdschieß, Samaraschen, Jagdflinten, Wildschütz, Feldschütz, Nachspanner, Feuerzeuge o. s. w. - Mäßige Preise!
Solide Arbeit

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen billigen und guten Lesestoff

Belehrend — Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und vier gute Bücher erster Schriftsteller, außerdem

Preisvergünstigungen beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos

